

Ressort: Politik

## Bundesländer beanspruchen Solidaritätszuschlag für sich

Berlin, 21.09.2014, 12:48 Uhr

**GDN** - Die Länder beanspruchen das Aufkommen des Solidaritätszuschlags für die Zeit nach 2019 für sich. Sie wollen die dann erwarteten 18 Milliarden Euro pro Jahr dazu nutzen, ihre Altschulden zu tilgen.

Das geht aus einem Positionspapier der 16 Bundesländer hervor, das sie in der Staatssekretärsrunde zur Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern präsentierten, berichtet der "Spiegel". Damit distanzieren sich die Länder von einem Vorschlag von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), das Aufkommen des Soli teilweise zu nutzen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen an die Bürger zurückzugeben. Der Bund lehnt den Vorschlag der Länder ab. In einer Vorlage verweist er darauf, dass der Solidaritätszuschlag nicht ausgereicht habe, um die Kosten der Einheit zu finanzieren. Vielmehr habe der Bund dafür über die Jahre rund 130 Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufnehmen müssen. Es gebe deshalb keinen Grund, den Ländern den Soli zu überlassen.

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-41409/bundeslaender-beanspruchen-solidaritaetszuschlag-fuer-sich.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619